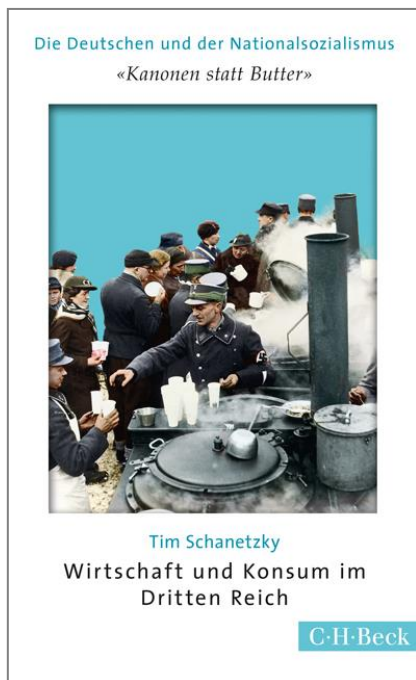


Unverkäufliche Leseprobe



Tim Schanetzky **Kanonen statt Butter**

Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich

272 Seiten mit 5 Abbildungen. Klappenbroschur
ISBN: 978-3-406-67515-7

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/14291902>

«Kanonen statt Butter»

Am nasskalten Nikolaustag des Jahres 1935 besuchte Hermann Göring die Hamburger Werft Blohm & Voss. Fast die gesamte Belegschaft versammelte sich in der großen Schiffbauhalle. Der Luftfahrtminister, ausgestattet mit der Uniform eines Generals der Flieger, muss die Unzufriedenheit unter den Arbeitern gespürt haben. Zwar hatte der Rüstungsaufschwung viele Werftarbeiter, die während der Weltwirtschaftskrise arbeitslos geworden waren, wieder in Lohn und Brot gebracht. Nun aber befand sich das Dritte Reich in einer für jeden spürbaren Versorgungskrise. Schon im November hatte man ohne großes Aufheben begonnen, Butter zu rationieren, nachdem ihr Preis binnen zwei Jahren um fast ein Drittel gestiegen war. Neben Butter und Fleisch wurde selbst das Brot so knapp, dass die Deutschen die im Spätherbst 1933 eingeführten Eintopfsonntage in einem anderen Licht betrachteten. Was ursprünglich die Not der Arbeitslosen lindern sollte, galt vielen nun als Symbol der Versorgungskrise.

Entsprechend stellte die Prager Exilorganisation der SPD den «wachsenden Unmut der Bevölkerung über die Lebensmittelknappheit» an den Anfang ihres Monatsberichts vom November 1935. In den Großstädten komme der aus Krieg und Inflation bekannte Schleichhandel wieder in Gang, und auf «mehreren Wochenmärkten» musste die «Polizei den Verkauf der wenigen Fleischwaren» übernehmen, weil die Marktstände regelrecht gestürmt worden seien.¹ Vor diesem Hintergrund rief der wohlbeleibte Göring die Hamburger Werftarbeiter zum Verzicht auf: «Erz hat stets ein Reich stark gemacht, Butter und Schmalz haben höchstens ein Volk fett gemacht». Für Regimegegner war das ein gefundenes Fressen. John Heartfield verarbeitete Görings Satz im

Prager Exil zu einer bitteren Satire. Der als Helmut Herzfeld geborene Graphiker galt als Erfinder der politischen Fotomontage. Nachdem ihn ein SA-Schlägertrupp in seiner Wohnung überfallen hatte, floh der Kommunist nach Prag, wo er weiter für die *Arbeiter Illustrierte Zeitung* arbeitete. Unterschrieben mit «Hurrah, die Butter ist alle!» karikierte er eine regimetreue Familie, deren gute Stube mit Hakenkreuztapete, Hitler-Porträt und Hindenburg-Sofakissen ausgestattet ist. Während sich die Erwachsenen mit Wonne über die Teile eines alten Fahrrades und weitere Gegenstände aus der Alteisensammlung hermachen, kauert unter dem Tisch der Familienhund, der eine Schraube in Knochenform verpeist. Im Kinderwagen knabbert ein Baby an einem Henkersbeil.

Zwar gelangte die kommunistische AIZ inzwischen kaum noch nach Deutschland und ihre Auflage war mit 12 000 Exemplaren auf einen Bruchteil ihrer früheren Verbreitung gefallen. Internationalen Beobachtern galt sie dennoch als wichtige Informationsquelle, und so wurden nun auch Blätter wie die britische *Times* auf die Lebensmittelknappheit in Deutschland aufmerksam. Sie berichtete nicht nur über Görings Anweisung an die Polizei, hart gegen Schwarzhändler vorzugehen, sondern mokierte sich auch über die «Schwierigkeiten für Hausfrauen» in Deutschland. In der Vorweihnachtszeit seien in Berlin kaum noch frische Eier aufzutreiben.²

Die Versorgungskrise traf die NS-Propaganda völlig unvorbereitet. Hilflös bezeichnete sie die Knappheit zunächst als Phänomen, das gewiss bald überwunden werde. So wies Goebbels die Presse an, etwas zur «Niederschlagung der Psychose» zu unternehmen. Angesichts des wachsenden Unmuts in der Bevölkerung ließ sich diese Linie aber nicht durchhalten. Zum Jahreswechsel 1935/1936 nannte der Propagandaminister in seiner Silvesteransprache erstmals Gründe für die knappe Versorgung: Den Import von Lebensmitteln habe man «zu einem Teil einschränken» müssen, um der Einfuhr von Rohstoffen für die Aufrüstung Vorrang zu geben.³ Zwei Wochen später wurde er auf dem Berliner Gau-

parteitag der NSDAP deutlicher: «Wir werden zur Not auch einmal ohne Butter fertig werden, niemals aber ohne Kanonen!» Rudolf Hess griff diese bündige Formel im Oktober 1936 auf, als er im oberfränkischen Hof die neue Adolf-Hitler-Halle einweihte: «Und wir sind bereit, auch künftig, wenn notwendig, mal etwas weniger Fett, etwas weniger Schweinefleisch, ein paar Eier weniger zu verzehren. [...] Wir wissen, dass die Devisen, die wir dadurch sparen, der Aufrüstung zugutekommen. Auch heute gilt die Parole: Kanonen statt Butter.»⁴

Die Phrase begann sich nun zu verselbständigen und galt bald schon überall als Ausspruch Hermann Görings. Dieser gebrauchte sie jedoch gar nicht, als er wenige Tage nach der Hess-Rede an die Opferbereitschaft der Deutschen appellierte. Er behauptete im Berliner Sportpalast vor einem Massenpublikum, auf Butter inzwischen gänzlich zu verzichten und dadurch bereits tüchtig abgenommen zu haben. Die Zuhörer jubelten. In Hamburg hörte der irische Schriftsteller Samuel Beckett die «endlose Tirade» im Radio und notierte in sein Tagebuch: «Sehr volkstümlich. Kolonien, Rohstoffe, Fettwaren. Er hat X Kilo verloren».⁵ Auch in Svendborg, einem beschaulichen Hafenstädtchen an der Südküste der Insel Fünen, kam die Botschaft an. Bertolt Brecht, der 1933 aus Deutschland geflohen war, dichtete in seinem dänischen Exil: «Sonst aber wäre zu sagen, dass/Kanonen auf den leeren Magen/Nicht jedes Volkes Sache sind.»⁶

Ob im Spottvers oder auf der Massenkundgebung, bei linken Exilanten oder als sarkastische Reaktion auf die Widrigkeiten des Alltags – spätestens im Herbst 1936 war die Formel «Kanonen statt Butter» überall fest etabliert. Eigentlich kennzeichnete sie die Handlungsalternativen einer Nation im Krieg, und so verstanden viele das offensive Bekenntnis zur staatlichen Machtpolitik als Flucht nach vorn. Hitler sah sich im Februar 1937 ebenfalls zur Stellungnahme genötigt, wenngleich nicht in der breiten Öffentlichkeit, sondern vor einem Publikum handverlesener Nationalsozialisten. Auf dem «17. Jahrestag des Beginns der natio-

nen Erhebung» betonte er gleich mehrfach, dass ihm die Versorgungsprobleme «gänzlich gleichgültig» seien – und bewies damit das genaue Gegenteil. Einerseits sei die Lage nicht schlecht, denn wegen der Erfolge auf dem Arbeitsmarkt kämen inzwischen «nahezu 20 Millionen Menschen» in den Genuss eines «anderen Lebensstandards» als zur Zeit der Weltwirtschaftskrise: «Und sie essen nun wieder. Und es gibt keine Zweifel, das deutsche Volk sieht heute besser genährt aus als vor vier oder fünf oder sechs Jahren.» Andererseits laute die politische Alternative nicht «Kanonen oder Butter», sondern «Kanonen oder Versklavung», und da gebe es nur eine Antwort: «Dann schon lieber Kanonen!»⁷

Ironischerweise versuchten die Spitzen des Regimes, die Deutschen auf eine Weise zu beeinflussen, die Hitler ein Jahrzehnt zuvor noch für völlig aussichtslos gehalten hatte. In seinem zweiten Buch, der unveröffentlichten Fortsetzung von «Mein Kampf», hatte er 1928 festgestellt, dass sich der Anspruch an den eigenen Lebensstandard stets an den verfügbaren Vorbildern orientiere und dabei die amerikanische Konsumgesellschaft der «Roaring Twenties» im Sinn gehabt. Demnach führte die moderne Technik zwangsläufig dazu, dass «Lebensverhältnisse aufeinander abfärben» und sich international «anzugleichen versuchen». Darum sei es auf Dauer unmöglich, ein «Volk [...] durch einen Appell an Erkenntnisse oder auch an Ideale unter einem sonst allgemein gültigen Lebensstandard» zu halten.⁸

Diese Überlegungen bestärkten ihn damals in seiner Überzeugung, dass mehr Wohlstand nur vom machtpolitischen Streben nach «Lebensraum» ermöglicht werde, und Machtpolitik benötigte Waffen. Einschränkungen beim Lebensstandard waren also nur für eine politisch notwendige Übergangsphase hinzunehmen. Der Alarmismus, mit dem das Regime auf die Versorgungskrise reagierte, unterstreicht, wie aufmerksam Hitler die Konsumchancen der Deutschen beobachtete. Dahinter stand die Erfahrung der Niederlage im Ersten Weltkrieg. Sie war in der Wahrnehmung vieler Nationalsozialisten nicht Folge einer wirtschaftlich-

militärischen Unterlegenheit, sondern vorrangig auf den Zusammenbruch der «Heimatfront» zurückzuführen. Einen Hungerwinter wie 1916/17 galt es künftig ebenso zu vermeiden wie die Auswirkungen der Seeblockade oder die administrative Überforderung durch den totalen Krieg. Bündig resümierte das Reichswirtschaftsministerium im September 1934: «Noch ist die Erinnerung lebendig daran, wie fürchterlich sich im Weltkrieg das Fehlen jeglicher wirtschaftlicher Kriegsvorbereitung gerächt hat.»⁹

Schon angesichts dieser zeitgenössischen Perspektive muss unter der Wirtschaft des Nationalsozialismus mehr verstanden werden als lediglich die Fragen von Aufrüstung und Überwindung der Weltwirtschaftskrise, freiem Unternehmertum und staatlicher Lenkung, Kriegswirtschaft, Raubökonomie und Zwangsarbeit. Begreift man das Dritte Reich als Produkt der Industriemoderne, gilt es auch, die Dynamisierung der Gesellschaft und die Verheißungen des Konsums systematisch herauszustellen. Die Kampagnen für Volksprodukte, erschwingliche Autos oder Urlaubsreisen waren nämlich weit mehr als Propaganda, bedeuteten nicht nur eine Manipulation der Öffentlichkeit und die Schaffung einer «Pseudo-Massenkonsumgesellschaft».¹⁰ So wie die wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen seit 1933 einem militärischen Kalkül folgten, so waren die Möglichkeiten des realen und die Hoffnungen auf den zukünftigen Konsum kaum zu überschätzende Mittel der Herrschaftsstabilisierung.

Das zeigte sich besonders im Krieg, von dessen Raubökonomie die Deutschen materiell profitierten. Während man sowjetische Kriegsgefangene und ganze Zivilbevölkerungen wie in der Ukraine dem Hungertod überließ, wurde die Versorgung der Deutschen bis ins Frühjahr 1945 – wenn auch auf kargem Niveau – aufrechterhalten. Von einer «Gefälligkeits-» oder gar «Wohlfühl-Diktatur» konnte zwar schon wegen der dürftigen Lebensumstände keine Rede sein.¹¹ Aber die Idee der Volksgemeinschaft bedeutete eben doch mehr als eine leere Propagandaformel. So trat

gerade in der Wirtschafts- und Konsumpolitik die wichtigste Herrschaftstechnik des Dritten Reiches hervor: nicht zwischen den vermeintlichen Alternativen von Zwang und Lockung, Terror und Integrationsangeboten zu wählen, sondern Verführung und Verbrechen stets gleichzeitig einzusetzen.¹² Repression gewann erst unter dem Eindruck der nahenden Kriegsniederlage die Oberhand. Davor jedoch hatte die NS-Führung die Stimmung der Bevölkerung stets im Blick und zog deren Reaktionen bei ihren Handlungen ins Kalkül.

Bereits im Frühjahr 1932 hatte Hitler erklärt: «Es gibt zwei Arten, wie man die Not lindern, ja sie vielleicht sogar beseitigen kann: entweder indem man die Not tatsächlich beseitigt, – das aber geht nicht immer, zum mindesten sofort, oder indem man das Gefühl für die Not beseitigt! Und das geht, wenn man es richtig anfängt!»¹³ Nach diesem Prinzip sollte das psychologische Moment nicht nur bei der Überwindung der Wirtschaftskrise die entscheidende Rolle spielen, sondern auch bei Konsum und Lebensstandard. Von Beginn an müssen daher nicht nur Terror und Repression, rassistische Ausgrenzung und mörderische Ausbeutung, sondern auch die Integrationsangebote, kurzum: die Verheißungen der Volksgemeinschaft gleichrangig in den Blick genommen werden.

In diesem Sinne ist die Geschichte der Wirtschaft des Dritten Reiches immer auch als die Erforschung ihrer Wahrnehmung zu verstehen – in Form von Alltagsbeobachtungen, durch die Ermittlung des Lebensstandards und über die Betrachtung von realen Konsumchancen. Dabei wird nicht nach verborgenen wirtschaftlichen Triebkräften für die politische Entwicklung des Dritten Reiches oder für den militärischen Verlauf des Krieges gesucht. Wirtschaftliche Erwägungen mögen punktuell immer wieder auch politisch-militärisch folgenreich geworden sein, sei es die Versorgung mit Devisen, sei es der Zugang zu Rohstoffen oder Nahrungsmitteln. Doch ungeachtet aller Freiräume, Mitwirkungschancen und funktionalen Eigenlogiken der Ökonomie

war es vor allem Hitlers politisch-militärisches Kalkül, das den Handlungsrahmen auch in der Wirtschaft entscheidend prägte. Und das bedeutete: Obwohl Rüstung und die militärischen Ziele («Kanonen») absoluten Vorrang vor den zivilen Bedürfnissen der Konsumenten hatten («Butter»), galt es, die Stimmung der Bevölkerung sorgfältig im Blick zu behalten. In diesem Spannungsverhältnis liegt nicht nur der Schlüssel für das Verständnis der Wirtschaft des Dritten Reiches. Daraus folgt ein methodischer Zugriff, der auch den Erfahrungen der Zeitgenossen nachspürt und auf diese Weise zu einer modernen Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus gelangt.



I.

Terror und Verheißung

Am 11. November 1933 hielt Hitler eine große Rede vor den Arbeitern der Berliner Siemens-Werke. Am Samstag unmittelbar vor dem Referendum über Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und der daran gekoppelten Reichstagswahl inszenierte das Regime dort den Wahlkampfhöhepunkt. Zwar gab es keine geheime Wahl mehr, und nur die NSDAP war zugelassen. Aber das Referendum eignete sich, um den gesellschaftlichen Anpassungsdruck im entstehenden Dritten Reich weiter zu erhöhen und auch nach außen Einigkeit zu demonstrieren.

Hitlers Rede wurde live im Radio übertragen und war im gesamten Reichsgebiet zu hören: «Wenn ich heute zu ihnen und damit zu Millionen anderen deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen spreche, dann habe ich dazu mehr Recht als irgendein anderer. Ich bin aus euch selbst herausgewachsen, bin einst selbst unter euch gestanden». Hitler, der nie einer geregelten Arbeit nachgegangen war, behauptete nun, er habe sich «durch Fleiß, durch Lernen und [...] durch Hungern langsam emporgearbeitet. In meinem innersten Wesen bin ich immer geblieben, was ich vorher war.» Er traf damit offenbar den richtigen Ton. Die Siemens-Arbeiter jubelten, als er die neugewonnene Einigkeit im Inneren beschwor und daraus seinen außenpolitischen Kurs ableitete. Und er weckte neue Hoffnungen: «Wenn einige sagen, ja,

aber unser Existenzniveau ist nicht besser geworden, dann antworte ich, das erste war, dass ich die Menschen wieder in den Arbeitsprozess eingliederte. Das nächste wird sein, die Konsumkraft zu steigern.»¹

Während Hitler die Verheißungen aussprach, musste er den Terror vor dem Arbeiterpublikum gar nicht erwähnen – wenige Monate nach dem Verbot von SPD und KPD, nach der Ausschaltung der Gewerkschaften, und noch während deren frühere Funktionäre und Aktivisten mit offenem Terror mundtot gemacht, in Konzentrationslager gesperrt oder ermordet wurden.

Die Siemensstadt lag im proletarischen Nordwesten Berlins zwischen der SPD-Hochburg Spandau und dem Wedding, einer Bastion der Kommunisten. Hier hatte sich die SA seit 1927 Saal- und Straßenschlachten mit ihren linken Gegnern geliefert. Über die Zahl der Schwerverletzten und Toten – zumal in den Monaten nach dem Januar 1933 – gibt es keine Statistiken. Aber jeder Siemens-Arbeiter wird, sofern er nicht selbst betroffen war, von früheren oder aktuellen Kollegen gehört haben, die von den Schlägertrupps der SA entführt und misshandelt worden waren. Angesichts dieser Erfahrungen war die Entscheidung für eine Abschlusskundgebung an genau diesem Ort fraglos ein Wagnis: Die Reaktionen der Siemens-Arbeiter waren von Goebbels und seinen Helfern nicht zu orchestrieren. Aber das Kalkül ging auf. Von einer feindseligen Stimmung konnte keine Rede sein, und entsprechend starke Bilder lieferten die jubelnden Arbeitermassen. Die Wochenschau brachte sie sofort in die Kinos. Goebbels war begeistert: «Toller Jubel! Nur Arbeiter», notierte er in sein Tagebuch. «Vor einem Jahr noch hätte man uns totgeschlagen.»²

Wie Hitler war auch dem Propagandaminister bewusst, dass man die Massen allen diktatorischen Vollmachten zum Trotz gewinnen musste, um die Eroberung der Macht auf Dauer zu stellen. In wie kurzer Zeit und in welchem erstaunlichem Maß dies gelungen war – das stellte Hitlers Siemens-Auftritt demonstrativ

heraus. Auf seine Gegner im konservativen Lager wie auf der Linken musste dies demoralisierender wirken als der offizielle Ausgang der manipulierten Wahl. Bei der Reichstagswahl erhielt die NSDAP 92,1 Prozent der Stimmen, und dem Austritt aus dem Völkerbund stimmten 95,1 Prozent der Wähler zu.

Moralischer Zusammenbruch

Ein halbes Jahr zuvor, an einem Vorfrühlingssamstag im März, hatte in Braunschweig die SA zum Platzkonzert aufgespielt. Aus der Zuschauermenge, die sich rasch im Zentrum der Altstadt versammelte, lösten sich plötzlich einige Zivilisten und eilten zu den Kaufhäusern Karstadt und Adolf Frank. Die Männer hatten Steine mitgebracht und warfen die Schaufensterscheiben der beiden Warenhäuser ein. Danach verwüsteten sie die Verkaufsräume, verprügelten Angestellte und Kunden. Entsetzte Inhaber benachbarter Geschäfte riefen die Polizei, doch die erschien nicht. So plötzlich, wie er begonnen hatte, war der Überfall auch wieder beendet. Die Männer mischten sich erneut unter die Zuhörer des Konzerts, und kurz darauf betrat Friedrich Alpers die Bühne. Der SS-Standartenführer rief ins Publikum, Kommunisten hätten die Warenhäuser gestürmt – tatsächlich aber waren sie von SS-Männern unter dem Kommando von Alpers verwüstet worden. Zwei Tage zuvor hatten dieselben Männer bereits das Gebäude des *Braunschweiger Volksfreund* besetzt. Sie folterten und misshandelten die Beschäftigten des sozialdemokratischen Blattes, das seit dem 1. März nicht mehr erscheinen durfte. Ein Verlagsmitarbeiter wurde erschossen. Auch hier führte Alpers persönlich das Kommando. In dem demolierten Gebäude entstand ein improvisiertes Gefängnis, in das seine Leute viele Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Angehörige der katholischen Jugend und andere Gegner der NSDAP verschleppten.

Auch dort kam es zu Folterungen. Ein sozialdemokratischer Stadtverordneter starb an seinen Verletzungen.

Der Freistaat Braunschweig mag ein extremer Fall gewesen sein, weil die NSDAP dort bereits seit 1930 an der Regierung beteiligt gewesen war. Hier hatte man Adolf Hitler zur deutschen Staatsbürgerschaft verholfen, was eine formale Voraussetzung für die Kanzlerschaft gewesen war. Und ausgerechnet jener Friedrich Alpers, dessen SS-Männer Angst und Schrecken verbreiteten, sollte am 8. Mai 1933 in die Landesregierung eintreten – als Justizminister.³ Aber Gewaltexzesse wie in Braunschweig waren am Anfang des Dritten Reiches überall die Regel. Sie begannen mit der Machtübernahme vom 30. Januar 1933, steigerten sich im Vorfeld der Reichstagswahl vom 5. März und begleiteten danach über Monate die Errichtung der Diktatur. Offiziell wurden allein in den Wochen vor der Märzwahl 69 politische Morde gezählt, unter deren Opfern auch 18 Nationalsozialisten waren. Dabei verschwamm die Grenze zwischen Staat und Partei schon jetzt: Hermann Göring sorgte in seiner Funktion als preußischer Innenminister dafür, dass SA- und SS-Männer zu Hilfspolizisten ernannt wurden, und andere Landesregierungen zogen rasch nach – wie in Braunschweig, wo Alpers offiziell als Chef der Hilfspolizei amtierte. Wer diesen Trägern staatlicher Macht in die Hände fiel, war schutzlos. So erinnert sich der Berliner Arzt Erich Simenauer: «Rechts und links von mir wurden einige Leute mit Knüppeln so lange geschlagen bis sie tot waren; es war entsetzlich. Wenn sie die wenigstens erschossen hätten, aber sie haben sie zu Tode geprügelt.»⁴

[...]